Vorblatt

1. Anlass und Zweck der Neuregelung:

Aufgrund der Novellierung des Steiermärkischen Behindertengesetzes, kundgemacht mit LGBl. Nr. 74/2007, wird festgelegt, dass die Paritätische Kommission und die Schlichtungsstelle nach dem StBHG hinsichtlich der näheren Ausführungen durch Verordnung zu regeln sind.

2. Inhalt:

Die Verordnung beinhaltet drei Abschnitte:

1. Abschnitt: Regelungen über die Paritätische Kommission
2. Abschnitt: Regelungen über die Schlichtungsstelle
3. Abschnitt: Gemeinsame Bestimmungen

3. Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine.

4. Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union.

5. Kostenfolgen der beabsichtigten Regelung:

Hinsichtlich der Kosten ist festzuhalten, dass keine direkten Kosten entstehen. Lediglich indirekte Kosten in Form von Zeitaufwand für die Sitzungen und die Administration der Geschäftsstelle werden hinkünftig durch diese Verordnung anfallen.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

1. Anlass und Zweck der Neuregelung, Kompetenzlage:

Aufgrund der Novellierung des Steiermärkischen Behindertengesetzes, kundgemacht mit LGBl. Nr. 74/2007, wird festgelegt, dass die Paritätische Kommission und die Schlichtungsstelle nach dem StBHG hinsichtlich der näheren Ausführungen durch Verordnung zu regeln sind.

2. Inhalt:

Die Verordnung beinhaltet drei Abschnitte:

1. Abschnitt: Regelungen über die Paritätische Kommission
2. Abschnitt: Regelungen über die Schlichtungsstelle
3. Abschnitt: Gemeinsame Bestimmungen

3. Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine.

4. Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union.

5. Kostenfolgen der beabsichtigten Regelung:

Hinsichtlich der Kosten ist festzuhalten, dass keine direkten Kosten entstehen. Lediglich indirekte Kosten in Form von Zeitaufwand für die Sitzungen und die Administration der Geschäftsstelle werden hinkünftig durch diese Verordnung anfallen.

II. Besonderer Teil

Zu 1. Abschnitt: Paritätische Kommission

Zu § 1 (Bestellung, Dauer und Ende der Mitgliedschaft):

Die Landesregierung bestellt die Mitglieder und Ersatzmitglieder für die Dauer der Gesetzgebungsperiode des Landtages. Sollte ein Mitglied verhindert sein, hat dieses Selbst für die Vertretung durch sein Ersatzmitglied zu sorgen. Wenn die Funktionsperiode der Paritätischen Kommission abgelaufen ist, müssen die Mitglieder bis zur Konstituierung der neuen Paritätischen Kommission die Geschäfte weiterführen. Verzichtet ein Mitglied auf seine Mitgliedschaft, ist dies der Landesregierung schriftlich mitzuteilen.

Verletzt ein Mitglied gröblich seine Verpflichtungen, kann das Mitglied über mehrheitlichen Beschluss der Paritätischen Kommission von der Landesregierung abberufen werden. Kommt es aus welchen Grund auch immer, zu einem Ausscheiden eines Mitgliedes, ist für den Rest der Funktionsperiode durch die Landesregierung ein neues Mitglied zu bestellen.

Zu § 2 (Vorsitzende/Vorsitzender):

Gemäß § 47a Steiermärkisches Behindertengesetz, LGBl. Nr. 74/2007, sind zwei Mitglieder von der Landesregierung über Vorschlag des Sozialreferenten zu bestellen. Dabei muss eines dieser Mitglieder über besondere Fachkenntnisse auf dem Gebiet des Sozialrechts oder des Sozialwesens verfügen. Eines dieser Mitglieder ist sodann von der Landesregierung zur/zum Vorsitzenden zu bestellen, welcher die Paritätische Kommission auch nach Außen vertritt und die ihr/ihm nach dieser Verordnung zugewiesenen Aufgaben wahrzunehmen hat.

Zu § 3 (Rechte und Pflichten der Mitglieder):

Für die Mitglieder besteht Teilnahmepflicht an den Sitzungen der Paritätischen Kommission. Diese haben die Möglichkeit zu allen Tagesordnungspunkten Anfragen und Anträge zu stellen, wobei das Recht zur Stimmabgabe nur den anwesenden Mitgliedern obliegt. Eine Weitergabe des Stimmrechts bei Verhinderung ist nicht vorgesehen. Alle Mitglieder, auch die Ersatzmitglieder, unterliegen der Verschwiegenheitspflicht über alle Tatsachen, die ihnen aus ihrer Tätigkeit bekannt werden, und haben alles zu unterlassen, was die fachliche Arbeit beeinträchtigen würde.

Zu § 4 (Geschäftsstelle):

Geschäftsstelle ist das Amt der Steiermärkischen Landesregierung und im konkreten die Fachabteilung 11A. Von dieser werden nach Anordnung der/des Vorsitzenden alle erforderlichen Maßnahmen getätigt und die Sitzungsprotokolle geführt.

Zu § 5 (Bearbeitung der Geschäftsstücke):

Die Geschäftsstelle hat ein Verzeichnis zu führen, in welchem für jedes Eingangsstück zumindest die Gegenstandsbezeichnung, die Geschäftszahl, das Datum des Eingangs, allfällige Bearbeitungszuweisungen und das Datum der Beratung ersichtlich zu machen sind. Im weiteren leitet die Geschäftsstelle die Geschäftsstücke an die/den Vorsitzende/Vorsitzenden weiter. Alle Geschäftsstücke und Protokolle sind von der Geschäftsstelle für die Dauer von 10 Jahren aufzubewahren und können von den Mitgliedern jederzeit eingesehen werden.

Zu § 6 (Sitzungen):

Die eigentliche Arbeit der Paritätischen Kommission erfolgt in nicht öffentlichen Sitzungen, wobei die Möglichkeit besteht, weitere Personen beizuziehen, wenn es aus Gründen der Sachverhaltsermittlung notwendig oder zweckmäßig erscheint. Die beigezogenen Personen nehmen jedoch nur an jenen Tagesordnungspunkten teil, zu denen sie beigezogen wurden.

Zu § 7 bis § 9 (Einberufung der Sitzungen, Ablauf von Sitzung und Beschlüsse):

Die/Der Vorsitzende lädt zur 1. Sitzung eines jeden Jahres die Paritätische Kommission zwischen 15. Jänner und 31. Jänner ein. Sollte es erforderlich sein, sind weitere Sitzungen anzuberaumen. Die Einladungen haben zeitgerecht, aber

mindestens 14 Tage vor der Sitzung zu erfolgen, wobei aus der Einladung auch die Tagesordnung und allfällige Unterlagen ersichtlich sein müssen.

Verlangt es mindestens ein Drittel der Mitglieder, ist die Paritätische Kommission vom Vorsitzenden binnen 14 Tagen einzuberufen. Die/Der Vorsitzende leitet die Sitzungen (Eröffnung, Gang der Sitzungen, Abstimmungen, allfällige weitere Sitzungen zum Gegenstand, Schließung der Sitzung und Ähnliches). Bei Abstimmungen müssen mindestens dreiviertel der Mitglieder anwesend sein, wobei die Beschlüsse einstimmig zu erfolgen haben und Stimmenthaltungen nicht zulässig sind. Sodann verkündet die/der Vorsitzende das Abstimmungsergebnis und hält dies im Sitzungsprotokoll fest.

Zu § 10 (Leistungspreisfestsetzung, Normkostenmodell):

Als Grundlage für die Abstimmung hat die Landesregierung der Paritätischen Kommission ein Normkostenmodell vorzulegen, welches die Paritätische Kommission in die Lage versetzt, einen Beschluss über eine prozentuelle Anpassung der Leistungspreise zu beschließen.

Zu § 11 (Sitzungsprotokolle):

Jede Sitzung ist einem Protokoll festzuhalten, welches den Gegenstand mit Geschäftszahl, den Gang und die Ergebnisse der Sitzung (namentliche Anträge, Beschlüsse), zumindest in Kurzform und nach den wesentlichen Inhalten geordnet, die Anwesenden und die in den Sitzungen abgegebenen Gutachten und Äußerungen beigezogener Personen zu enthalten hat. Nach Unterfertigung der Sitzungsprotokolle durch die/den Vorsitzende/Vorsitzenden sind diese den Mitgliedern zu übermitteln, welche innerhalb von 7 Tagen die Möglichkeit haben, schriftlich Einwendungen gegen das Protokoll bei der Geschäftsstelle einzubringen. Die Einsprüche sind an die/den Vorsitzende/Vorsitzenden zu richten.

Zu 2. Abschnitt: Schlichtungsstelle

Zu § 12 (Bestellung der Mitglieder):

Die Bestellung der Mitglieder erfolgt in gleicher Weise, wie die Bestellung der Mitglieder der Paritätischen Kommission in § 1, wobei die Vorsitzführung das Mitglied gemäß § 47a Abs. 3 lit. c Steiermärkisches Behindertengesetz erhält. Außerdem wird festgehalten, dass im Übrigen die Bestimmung des 1. Abschnittes sinngemäß auch auf die Schlichtungsstelle anzuwenden sind.

Zu 3. Abschnitt: Gemeinsame Bestimmungen

Zu § 13 (Aufwandersatz):

Die Tätigkeit der Mitglieder der Paritätischen Kommission und der Schlichtungsstelle ist ehrenamtlich, wobei jedoch ein Anspruch auf Reisegebühren analog jenen von Landesbediensteten besteht.

Zu § 14 (Inkrafttreten):

Die Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.